

Auftrag wurde im entsprechenden Wege Unseren Behörden mitgetheilt. Geschehen zu Warschau, 12. Febr. 1865." Schließlich folgt noch ein zu Paris am 22. Februar d. J. aufgenommenes und von Mitgliedern des neuen Comité's unterzeichnetes Protocoll, worin die geschehenen Ernennungen, die Annahme der verliehenen Aemter und das Versprechen, die Instruction einzuhalten, constatirt wird.

Das Pariser Blatt „La France“ vom 27. Februar Nr. 50 macht in einem langathmigen Artikel

der österreichischen Regierung heftige Vorwürfe über die Strenge, mit welcher sie in Galizien vorgehe und will einem aus Lemberg der Redaction der *France* zugekommenen Briefe entnommen haben, daß die politischen Processe daselbst wieder beginnen, daß die Polizei täglich neue Verhaftungen vornehme, daß hiernach die wichtigsten Personen getroffen würden und daß es den Anschein gewinne, man wolle das Blut des polnischen Adels bis auf den letzten Tropfen erschöpfen." Die *"France"*, erwidert die *"Gen. C."*, hat zu ihren Jeremiaden einen nicht sehr günstigen Zeitpunkt gewählt, während gerade die *"Wiener Abendpost"* vom 1. d. M. die Mittheilung enthält, daß die österreichische Regierung das System der Internirung polnischer Flüchtlinge aufgab und die meisten derselben, darunter auch der Exdictator Langiewicz, das österreichische Gebiet in voller Freiheit bereits verlassen haben; während die vollständige Aufhebung des in der letzteren Zeit nach dem übereinstimmenden Aussprache aller Unbefangenen ohnehin mit der größten

ten Schonung geübten und kaum mehr fühlbaren Belagerungszustandes, wie wir von competenter Seite erfahren in naher Aussicht steht, ist die Angabe von neuen politischen Proceszen und von täglich in Lemberg vorkommenden, mit der Politik im Zusammenhange stehenden Verhaftungen vollkommen aus den

hange stehenden Verhaftungen vollkommen aus der Luft gegriffen. — Ueber die politischen Vertheilungen in Ungarn, welche der France, obwohl sie selbst die Gerechtigkeit derselben nicht bestreitet gleichfalls Stoff zu mischlichen Bemerkungen bietet hat die „Wiener Z.“ vom 18. Februar N. 40 gründliche und entsprechende Aufklärungen gebracht, welche jedoch von dem Pariser Blatte gänzlich ignorirt wurden. Wir können daher nur der Aeußerung vollkommen bestimmen, welche der „Nord“ in seiner Nummer 59 vom 28. Februar über den forcirten France Artikel bringt und welche er, unter Hindeutung auf den Umstand, daß kein österreichisches Blatt von den Massen-Verhaftungen in Galizien gesprochen habe, mit den Worten schließt: „Wenn man eine politische, philosophische oder anderweitige Thesis vertheidigt, kann man sich nach Umständen in vage, dem gemeinen Menschenverstände unzugängliche Regionen erheben und die France macht hievon gehörig Gebrauch wenn es sich aber um Thatachen handelt muß man genau sein und hohltönende Phrasen reichen nicht aus.“

Über den vom Freiherrn v. Hoch in Berlin zu
Stande gebrachten Vertrag erfahren wir nachträglich
dass Begünstigungen für Wein in demselben nicht ent-
halten sein sollen. Der Vertrag wurde, wie wir ver-
nehmen, verallgemeinert und wird dem Reichsrath
gleichzeitig mit dem Tarif vorgelegt werden. In der
Vorlage, heißt es, wird bereits ein Hinweis auf den
abschließenden Handelsvertrag enthalten sein.

abzuschließenden Handelsvertrag enthalten sein.
Die „Nordd. Allg.“ meldet: Preußen hat jetzt den übrigen Zollvereinsregierungen über die Ergebnisse der Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit Russland Mittheilung gemacht. Auch Lord Napier referirte an die englische Regierung.

Verhandlungen des Reichsrathes

Die in der Sitzung des Finanzausschusses vom 25. v. M. zur Verlesung gelangte, an das Präsidium des Abgeordnetenhauses gerichtete Busschrift des Herrn Staatsministers, in welcher die vom Finanzausschusse aus seiner letzten Sitzung an die Regierung gestellten Fragen beantwortet werden, lautet:

Als am 26. Jänner d. J. in der Sitzung des Finanzausschusses der kaiserlichen Regierung die Gelegenheit geboten wurde, sich bezüglich des über Antrag des Herrn Grafen Brints von diesem Ausschusse gefassten Beschlusses auszusprechen, hat sie die Erklärung abgegeben, daß sie bereit sei, in eine bedeutende Herabminderung der Erforderniszansätze des Staatsvoranschlages für das Jahr 1866 im Wege der Vereinbarung einzugehen und auch die Ziffer der in ihrem Schooze als ausführbar erkannten Reductionen auszusprechen, wenn der Regierung die freie Bewegung innerhalb des Etats jedes Ministeriums zugestanden und eine rechtzeitige ähnliche Behandlung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1866 in Aussicht gestellt würde. Die Regierung könnte selbstverständlich von dem Finanzausschusse, dessen Mandat blos auf Vorberathung des einbrachten Budgets lautete, weder über die Feststellung des Finanzgesetzes für das Jahr 1865 einen endgültigen Beschluß, noch über die Behandlung des damals noch nicht einbrachten Voranschlages für das Jahr 1866 eine bindende Zusicherung erwarten. Die Regierung mußte aber darauf einen Werth legen, daß die von ihr als unerlässlich erkannten Vorfragen, wenn überhaupt der Weg der Vereinbarung zum Ziele führen sollte, im Schooze des Finanzausschusses erörtert und von letzterem die Geneigtheit ausgesprochen werde, die ganze Angelegenheit der Entscheidung des Hauses der Abgeordneten zu unterziehen. Die Majorität des Finanzausschusses hat es abgelehnt, in die Erörterung der von der Regierung gestellten Vorfragen einzugehen, und diese von der Bekanntgabe der Ziffer der von der Regierung in Aussicht gestellten Herabminderung des Erforderniszanzates abhängig gemacht. Darauf konnte die Regierung nicht eingehen, weil für sie der Zusammenhang der gestellten Vorfragen mit der Ziffer der Herab-

minderung der Erfordernissansäße ein so inniger, ja untrennbarer ist, daß bei Verneinung der einen die andere undurchführbar wird und weil selbst die Nennung der Ziffer der Regierung noch keine sichere Gewähr bot, daß die ganze Verhandlung jedenfalls über einen damals nur im Finanzausschusse vorgelegten Antrag rechtzeitig der Schlufzfassung des Hauses der Abgeordneten unterzogen würde. Dies war die Sachlage, so lange die Verhandlungen über den Graf Brints'schen Antrag sich eben nur auf den Kreis des Finanzausschusses beschränkten.

Durch den Beschluß des Hauses der Abgeordneten vom 23. Februar d. J. ist die Situation eine wesentlich veränderte geworden. Der Staatsvoranschlag für das Jahr 1866 wurde von der Regierung zur verfassungsmäßigen Behandlung eingebracht und der Finanzausschuß wird nicht nur über die Frage der Behandlung dieser Regierungsvorlage überhaupt, sondern auch über die durch den Grafen Brunts neuerlich im Abgeordnetenhaus selbst angeregte, von der bisherigen abweichende Art der endgültigen Feststellung der Ziffernsätze des Erfordernisses für beide Jahre Bericht zu erstatten haben. Hierdurch ist der wesentlichste Theil der Bedenken beseitigt, welche die Regierung gegenüber dem Finanzausschusse zu der bisherigen Zurückhaltung nötigten. Die endgültige Entscheidung über die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen überhaupt der Zweck, ergiebige Ersparnisse im Staatshaushalte zu erzielen, in dem angestrebten Wege der Vereinbarung zu erreichen sei, ist durch einen Beschluß des Hauses ermöglicht und somit die erwünschte baldige Lösung der schwelenden Fragen in Aussicht gestellt.

Unter diesen Umständen nimmt die Regierung keinen Anstand, die von dem Finanzausschus in der Beilage der geehrten Note vom 24. v. M. Zahl 492/a. h. formulirten beiden Fragen durch nachfolgende Erklärung zu beantworten.

Eingegangen auf die Intention, welche dem erwarteten vom Hrn. Grafen Brints und Genossen gestellten und vom Abgeordnetenhaus dem Finanzausschusz zur Berathung und Berichterstattung zugewiesenen Antrage zum Grunde liegt, glaubt die Regierung an dem in der Regierungs-Borlage des Staatshaushaltes für das Jahr 1865 mit 548,705.412 fl. bezifferten Gesammtfordernisse eine Ersparniß von 20,100.000 fl. dann und unter der Voraussetzung erzielen zu können, wenn die Vertheilung dieser Ersparnissumme auf die Gesammtfordernishälfte der einzelnen Ministerien nach den im Schooze der Regierung vereinbarten, in der Beilage verzeichneten Quoten erfolgt, somit die nach Abzug dieser Quoten resultirende Gesamtziffer des Erfordernisses jedes einzelnen Ministeriums nach dem beiliegenden Entwurf in das Finanzgesetz eingestellt und jedem Ministerium die freie Gebahrung innerhalb dieser Ziffer gestattet wird; wenn endlich — vorbehaltlich der Vereinbarung über die Ziffer der möglichen Ersparnisse — eine baldige und gleiche Behandlung auch bei der verfassungsmäßigen Feststellung des Staatshaushaltes für das Jahr 1866 zugestanden wird.

Die Regierung glaubt nun auch diese lachhafte Erklärung im Sinne des Graf Brinck'schen Antrages den lebhaften Wunsch bestätigt zu haben, nicht nur das überhaupt Mögliche zur thunlichsten Herabminderung der Staats erfordernisse gethan, sondern auch soweit es in ihrer Macht liegt, zu einer beschleunigten Finalisirung der Finanz gezeze für die Jahre 1865 und 1866 beigetragen zu haben. Es erübrigtd daher nur noch das läbliche Präsidium zu ersuchen, dem Finanzausschusse von dieser Erklärung der Regierung gefälligst mit dem Bemerk'en die Mittheilung machen zu wollen, daß die Vertreter der Regierung

bereit sein werden, weiter gewünschte Aufklärungen bei der Verhandlung über den mehrwähnten Graf Brints'schen Antrag im mündlichen Wege zu ertheilen.
Wien, 1. März 1865.

hren Berichterstattung des Subcomites auch während der die Frage der Vereinbarung in's Reine dem „Bra Wie die Sache jetzt liegt, ist nichts geworden dürfte, exp daß die Verhandlung über die Vereinbarung Vor

Die Fortsetzung der Detailberathung des 65er Proceß ge

Summe um 8 Millionen geringer. Beim Marine-Budget beträgt der Abstrich der Regierung 770,000 fl. gegenüber dem vom Ausschusse vorgesehenen pr. 2.390.000 fl., mithin um 620,000 fl. Diese Differenz von 8.600.000 fl. mag manchem zu weiteren Abstrichen verlockend erscheinen. Der "Botschafter" gibt jedoch zu bedenken, daß die Abstriche der Regierung auf realer Basis und nicht nach Gutdünken vorgenommen wurden; sie für das Einhalten dieser Ersparungen vortrefflich ist, während die auf dem Papier mit auf eine willkürliche Ziffer berechneten Abnahmen oder weniger eine Fiction sind. Aus der Sicht der Regierung geht mit Evidenz hervor, daß der Produktionsplan der Regierung ein Ganzes ist; er ist, muß er angenommen oder verworfen werden, indem die Regierung ausdrücklich die Bedient ist, daß die einzelnen Etats mit den angegebenen Ziffern in das Finanzgesetz eingestellt werden.

Der Sinn des Brants'schen Antrages war, die Regierung die zweckmäßige Auswahl der Abstriche zu lassen, wenn nur eine große Ziffer im Ganzen wünschbar wäre. Die Regierung hat sich ihren Reduktionen im Geiste des Brants'schen Antrages gestellt.

Schembera hatte damals angegeben, daß er bereits im Jahre 1863 mit dem Angeklagten Zagórska und dem Dr. Ignaz Kamiński (der letztere soll ein Mitglied der Nationalregierung sein), bekannt geworden, und daß diese beiden ihn bereits im Herbst desselben Jahres aufgefordert, zur Insurrection in Polen Waffen zu liefern. Man stellte dem Kaufmann vor, daß er absolut nichts zu fürchten habe, und sich leicht ein großes Vermögen erwerben könne, so daß derselbe endlich auf den ihm gemachten Vorschlag, zu Gunsten des polnischen Aufstandes 12.000 Gewehre zu liefern, einging. Von Woche zu Woche sollte ein Theil expediert und dem Kaufmann von jedem Stücke ein Rabatt von 10 bis 12 fl. d. i. 60 Percent des Einkaufspreises, bewilligt werden. Schembera bekam sofort eine Anzahlung von 5000 fl. ausbezahlt, welches Geld in der Wohnung Zagórska's dem Kaufmann von Dr. Kamiński übergeben wurde. Schembera jedoch hat das Geld anderweitig verwendet und die Lieferung ausgeführt. Nach einiger Zeit, und erst nach öftmaligem Drängen Zagórska's und Kamiński's, ließ sich derselbe herbei, 100 Stück Gewehre zu liefern. Er schickte dieselben an die Adresse Postst. in Proszna, hat dieselbe jedoch später wiederum reclamirt. Dieser Sachverhalt begründet das Verbrechen der öffentlichen Ruhestörung.

Es widerstreiche dem innersten Wesen dieses
es, wenn der Ausschuss in die Detailberathung
zellen Ziffern eingehen wollte oder die Be-
be der Vertheilung des Abstriches zu einer
sen Acceptation und einer theilweisen Ableh-
nsnügen wollte.
gestern versammelte sich der Finanzausschuss
in Empfang, welche dazu dienen sollte, die hier einge-
kantten Kamiks zu beschließen. Dazu kommt, dass an wa-

rathung des Berichtes Taschel's über die Neuerung des Silberanlehens vom Jahre 1864. Der Minister war in der Sitzung anwesend. Winnicke beantragt die Vertagung der Verhandlung, der Finanzminister in jüngster Zeit von den 100 fl. versepten Schuldcheinen 1,400,000 aus und dieses Factum noch nicht dem Reichsrath präsentirt wurde. Graf Eugen Kinsky ist gleichzeitig die Vertagung bis der Status des Silber-

Der Ausschuss lehnte jedoch diesen Antrag in die Specialdebatte ein. Grocholski antrugte Ablehnung des Gesetzentwurfes, in er eine neue Creditoperation erblicke. Auch Antrag wurde verworfen und der Artikel des angenommen. Bei den einzelnen Artikeln sich keine nennenswerthe Debatte. Im Art. II. die vom Referenten beantragte Streichung neue Creditoperationen voraussehenden Passus genehmigt. Der Antrag über das Vorgehen amzministers den ernstgemessenen Tadel auszu-
Fam noch nicht zur Verhandlung.

Österreichische Wagnisse. — Josef Zagórski wurde des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig erkannt und zu drei Monaten mit Fästen verschärften Kerkers verurtheilt. Der Angeklagte meldete die Berufung an.

Österreichische Monarchie.

ien, 3. März. Se. Maj: der Kaiser haben erfaßt,
ester Advocaten Virgil Szilagyi die Wieder- über die
ing der Advocatur allergnädigt zu bewilligen gerichtsän
wurde be
l. Hoheit Erzherzog Ludwig Victor ist Staatsan

1. Hoheit Erzherzog Ludwig Silber ist
nach Salzburg abgereist. Gutachte
2. Hoheit Erzherzog Joseph (geb. 2. März 1821)

(zunächst also auf die italienischen Corps berechnet) erlassen, aus welchem die Blätter folgende Stelle mittheilen:

Ein besonderes Augenmerk verdient die Verbreitung der deutschen Sprache in den Truppen und namentlich un-

alle Wiener Blätter beschäftigen sich heute oder minder ausgedehnter Weise mit einem Prager „Politik“ veröffentlichten Programm, Deak und einige hervorragende Männer des Königreiches (darunter auch der gegenwärtisch-slavonische Hofkanzler) sich geeinigt haben bei dem Umstände, daß, wie auch die „Const. Btg.“ und das „Fremdenblatt“ ganz richtig be- die Aufstellung dieses Programmes in das Jahr 1860, nämlich in die Zeit des verstärkten Reichs- und vor Publicirung des Octoberdiploms und Fällung der Februarverfassung fällt, zwischen Deak und Croaten aber kein Compromiß darüber zu bringen kam, halten wir auch jede Mittheilung aus den auf bezüglichen Discussionen für überflüssig. Wiener Abendpost vom 2. d. publicirt ein Stück des croatischen Hofkanzlers Mazuranić, woher dieser jeden Anteil an der Autorschaft in der Prager „Politik“ publicirten die Biederung Croatiens mit Ungarn betreffenden Pro- ges entschieden in Abrede stellt.

ter den Chargen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die deutsche Sprache die allerhöchst sanctionirte Dienstsprache in unserer Armee und daher in sprachlicher Beziehung die Vermittlerin zwischen den verschiedenen im österreichischen Heere vertretenen Nationalitäten ist. Die möglicheste Anreigung der Dienstsprache ist somit als eine Pflicht aufzufassen, und müssen daher die Herren Truppen-Commandeure und Officiere mit richtigem Tact dahin wirken, daß die Chargen und Chargenschüler allmählich so weit gelangen, die Armee-Sprache zu verstehen, und sich in derselben verständlich zu machen. Ueberhaupt aber wünsche ich das allgemeine Streben nach Bildung in jeder Hinsicht angeregt und gepflegt zu sehen, von der Bildung in Lebensart und Sitte angefangen, bis zu jener in den Geschicklichkeiten, Kenntnissen und Wissenschaften, die unser Ehrenstand speciell bedarf und die namentlich dem Offizier in jeder Lage des Lebens zum Vortheil und zur Auszeichnung gereichen. Darauf bitte ich somit die Herren Generale und Truppen-Commandeure insbesondere einwirken zu wollen und empfehle, daß sie diesfalls zumal die jüngeren Herren Offiziere an sich zu ziehen und mehr

Die jüngste und am meisten interessante Neuigkeit ist ihr persönliches Beispiel, ihren unmittelbaren Einfluß wirksam zu machen trachten, als etwa bloß theoretische Auseinandersetzungen und Belehrungen. Diejenigen Herren Officiere aber, die sich ihre Ausbildung besonders angelegen sein lassen, sind mit bei Einsendung der jährlichen Truppenrelationen separirt naumhaft zu machen und werde ich es jedem Vorgesetzten zum auszeichnenden Verdienste anrechnen und die Betreffenden selbst Sr. Majestät dem Kaiser nennen.

ischen Verkehrs-dampfer nach Vera-Cruz abgehen; Auflösung der General-Congregation des Beröezer

Comitatus geschrieben: Die aufgelöste Versammlung, der auch mehrere slavonische Magnaten beiwohnten, bildigte der Ansicht, daß in konstitutionellen Ländern jede Detrovirierung zu vermeiden sei. In der sehr lebhaft geführten Debatte griff Stojanović den Oberst-Berlitz an, weil dieser durch Krankheit verhindert war, an den Verhandlungen der Banalconferenz teilzunehmen, sich in einem hiesigen Blatte dahin geäußert hatte, es müsse ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet werden, indem jenes von 1861 nur für den Landtag ad hoc gegolten habe. Im Hinblick auf diese Erklärung beantragte Stojanović gegen Berlitz eine Disziplinar-Untersuchung und eine Neubesetzung der Obernotätsstelle, weil Berlitz eine Detrovirierung befürwortend, seinem auf die Constitution geleisteten Eid zuwider gehandelt habe. Die Versammlung stimmte diesem Antrage nicht bei, sondern ging auf die von der Banalconferenz bezüglich der Wahlordnung gefassten Beschlüsse über. Der Obergespan Delmanic aber, von der Ansicht ausgehend, daß die Verhandlungen der Banalconferenz nicht in den Bereich der Generalcongregation gehören, löste letztere auf. Die Debatte vermutet, daß die nächste Folge dieser Auflösung die Fusion der nationalen und magyarischen Partei sein werde. Die Bedingungen dieser Fusion sollen darin bestehen, daß sich die magyarische Partei erklärt, im nächsten Landtage bei der Unionsfrage sich reservirt zu verhalten, wogegen sich die Führer der nationalen Partei mit ihrem Ehrenwort verbindlich machen, ohne Ungarn nicht in Unterhandlungen mit der Centralregierung einzugehen.

Deutschland.

In mehreren Blättern findet sich die Behauptung, die russische Gesandtschaft in München habe gegen den längeren Aufenthalt der dort durchziehenden Polen Einsprache erhoben. Die „Bayer. Zeit.“ kann diese Behauptung als völlig ungegründet bezeichnen.

Aus Berlin, 2. März, wird gemeldet: Die verstärkte Handelscommission nahm heute nach Ablehnung der Contingentierung des ungedeckten Notenumlaufs §. 1 des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung zweier Paragraphen der Bankordnung, nach v. d. Heydt's Hauptamendement in folgender Fassung an: Die preußische Bank ist besiegelt, in Hamburg und den Handelsplätzen in den Elbherzogthümern Comptoir-Commanditen und Agenturen zu errichten, sowie Bankgeschäfte an solchen Plätzen betreiben zu lassen — Die Regierung hatte sich vorläufig gegen das Amendment v. d. Heydt's erklärt. — §. 2 wurde mit dem Amendement Ziegert, welches lautet: Die Beleihung kann nur mit öffentlichen Papieren in den in §. 1 angeführten Staaten erfolgen — unverändert angenommen.

Frankreich.

Paris, 1. März. Am 15. Mai wird in Ajaccio das Napoleons-Monument enthüllt; Prinz Napoleon ist designiert, der Feier beizuhören. Die französische Civilisation verbreitet ihre Segnungen sogar in Hindostan; nach einem in Cochinchina erscheinenden offiziellen (?) Blatte wird daselbst der Code Napoléon auf dem Wege voller Genebung; dieser Tage verließ er zum erstenmale das Zimmer. — Der Phare de la Loire hat Voltaire zu seinem Mitarbeiter gemacht, indem er heute mit dessen Unterschrift äußerst pittoreske Stellen aus dem Artikel „César“ des „Dictionnaire philosophique“ veröffentlicht. — Heute ist im Ministerium des Auswärtigen der Telegraphen-Congress unter Vorsitz des Herrn Drouyn de Lhuys eröffnet worden. Das Protocoll führt Herr Herbet, Handels-Director in Aisne.

Herr Ronher soll vom Kaiser Napoleon den Auftrag erhalten haben, alle Anfragen in Betreff der römischen Angelegenheit, welche während der diesjährigen Session an ihn gerichtet werden sollten, unbearbeitet zu lassen.

Großbritannien.

Sir Frederick Bruce, bisher Gesandter in Peking (Übrigens eben jetzt auf Urlaub in London anwesend) ist, wie die „Times“ meldet, an Stelle von Lord Lyons zum Gesandten in Washington ernannt worden. Er hat nicht nur bei den schwierigen Unterhandlungen in Peking sich durch Tact und Scharfblick ausgezeichnet, sondern ist auch nach der „Times“ in amerikanischen Angelegenheiten nicht ohne Erfahrung.

Königreich der Niederlande.

Aus dem Haag, 2. d., wird das Ableben der Königin-Mutter Anna Paulowna gemeldet.

Italien.

Der „Movimento“ zeigt an, daß 316 der Gefangenen, welche von den Franzosen den italienischen Behörden überliefern wurden, in Genoa am 23. Februar an das Land gesetzt worden sind. Die Gesamtzahl, welche von Rom expediert wurde, bestand aus 253 Galeeren-Straflingen und 63 politischen Verurtheilten. Der „Movimento“ fügt hinzu, daß die 63 politischen Verurtheilten von den französischen Behörden sehr rücksichtsvoll behandelt wurden.

Der Lavastrom des Aetna hat bis jetzt über 12 Kilometer bebauten Erdreiches verwüstet und zahlreiche Familien ihrer ganzen Habe beraubt. Unter Anderen sind auch die majestätischen Vorste am Fuße des Monte Frumento gänzlich verschwunden und die Ebene, auf der sie standen, mit einer schwarzen Lavahülle überdeckt.

Nach Berichten aus Paris hat Baron v. Rothchild 10 Millionen Fr. für die Durchsetzung des Mont-Genis gezeichnet, um der Opposition, die sich im Kurrier Parlamente gegen den Eisenbahnverkauf erhoben, die Spalte abzubrechen.

Rußland.

Das Regulirungs-Comité in Warschau hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach das Servituten- und Nutznutzungs-Recht, das den Bauern auf den Privatgütern vor Erlaß des Uras

vom 2. März 1864 in Bezug auf die herrschaftlichen Weideplätze und Waldungen zustand, in der Weise capitalisiert werden soll, daß die jährliche Schätzungssumme dieser Servituten als Zinsbetrag des von den Gutsbesitzern an die Bauern zu zahlenden Capitals betrachtet wird. Da es keinem Zweifel unterliegt, daß die capitalisierten Servituten den Gutsbesitzern von den ihnen zufallenden Liquidationssummen werden abgezogen werden, so wird der Betrag der ohnehin nicht hoch normirten Entschädigung noch erheblich vermindert werden.

* Das Werk Napoleons III.: „Das Leben Cäsar's“, soll nach der Melbung polnischer Blätter nun auch in polnischer Sprache erscheinen. Der (nicht näher bezeichnete) Herausgeber sei bereits mit dem Pariser Verleger Herr Pion in Verbindung getreten und die Übersetzung bereits imuge. — Ans Krakau wird dem „Slowo“ geschrieben, daß die hier in ziemlich großer Anzahl weilenden Russen, von ihrem gegenwärtigen Seelsorger, Hochw. Nicolaus Litwak angeregt, beschlossen haben, bei ihrer ruthenischen (St. Norberts) Kirche eine Bruderschaft des hl. Nicolaus, nach dem Muster der zu Preßburg, zu errichten. Hochw. Litwak hat bereits um eine Abschrift der Statuten der Preßburger Bruderschaft nachgefragt und wenn er diese erhalten, wird er die Genehmigung der betreffenden Behörde nachsuchen. — Am 27. v. M. ist am Oderberger Bahnhof bei einer Wagen-Rangirung der Wagentrieb St. Stanislaus Bobak zwischen die in Bewegung gekommenen Waggons geraten, und wurde am Unterleibe derart beschädigt, daß er am nächsten Morgen verschieden ist.

Amtsblatt.

Kundmachung.

Nr. 5080. Kundmachung. (207. 1-3)

In Folge der im Jänner bestandenen intensiven Kälte war im genannten Monat der katarhalsch-entzündliche Krankheitscharakter vorherrschend und es kamen Katarrh der Atmungs-Organe am zahlreichsten zur ärztlichen Behandlung; die häufige Bräne, der Keuchhusten, der Scharlach und die Masern machten unter den Kinderkrankheiten sich am bemerkbarsten, Tuberculose wurden hart mitgenommen, dagegen befiel der Typhus nur wenige Personen.

In den h. o. Krankenhäusern war der Krankenzugang kein auffallender, nach Hinzurechnung von 276 Kranken zu den aus dem vorhergehenden Monat in den Spitälern verbliebenen 337 belief sich der Gesamt-krankenstand auf 613 von denen 208 genesen, 18 im gebesserten Zustande entlassen wurden, 31 starben und 346 in der Heilspflege verblieben.

Krakau, am 25. Februar 1865.

Nr. 2632. Kundmachung. (208. 1-3)

Zur Wiederbefreiung der erledigten Tabak-Groß-Trafik am Kazimierz in Krakau und der damit in Verbindung stehenden Tabak-Klein-Trafik daselbst wird bei der f. f. Finanz-Landes-Direction in Krakau die Concurrenz-Verhandlung am 16. März 1865 durch Überreichung schriftlicher Offerte abgehalten werden.

Die mit Beschlag belegten Exemplare sind nach §. 37 des Preßgesetzes zu vernichten. Neben besonderem Antrag der f. f. Staatsanwaltschaft wird ferner erkannt:

Das weitere Ertheilen der Zeitschrift: "Das Behmgericht" ist nach Rechtskraft dieses Erkenntnisses auf die Dauer von drei Monaten eingestellt.

Vom f. f. Landesgerichte in Straßfachen.

Wien, 11. Jänner 1865.

Der f. f. Landesgerichts-Präsident:

Boschan m. p.

Der f. f. Rathsscretär:

Thallinger m. p.

Nr. 5335. Kundmachung. (202. 2-3)

In der zweiten Hälfte Jänner l. J. ist die Kinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in 6 Ortschaften erlochen, u. z. in 2 des Zolkiewer und je 1 des Sanoker, Czortkower, Stryjer und Kolomeauer Kreises, dagegen ist diese Seuche in 12 Ortschaften neu ausgebrochen, u. z. in Cieniawa, Nierzuchów, Rozniatów, Hossów, Witwica des Stryjer, Probužna, Kudryńce górne, Germakówka, in der Contumazantafel zu Kozaczówka des Czortkower, Suchodoły, Trościaniec des Złoczower und Złotkow des gleichnamigen Kreises.

Es wurden am Schlusse dieser Rapportsperiode noch 23 Seuchenorte im Ausweise geführt, u. z. 7 im Czortkower, 6 im Stryjer, 3 im Zolkiewer, je 2 im Stanisławauer, Brzeżaner und Złoczower und 1 im Kolomeauer Kreise, in denen bei einem Gesamtviehstande von 11982 Stücken in 152 Höfen, 1118 erkrankt, 161 genesen, 713 umgestanden, 188 frische, 128 seuchenverdächtige gekeult wurden und in 9 Ortschaften noch 56 seuchenfrische Stück vorkamen.

Aus Anlaß des Kinderpestausbruches in der Gränzcontumaz Kozaczówka wurde der fernere Eintrieb des Hornviehs bis auf weiteres eingestellt.

Diese Mittheilung der f. f. Statthalterei in Lemberg vom 10. d. M. wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

f. f. Statthalterei - Commission.

Krakau, am 23. Februar 1865.

Nr. 2682. Kundmachung. (201. 2-3)

Zur Wiederbefreiung der erledigten Tabak-Groß-Trafik in Tarnow wird am 19. März 1865 bei der f. f. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnow die Concurrenz-Verhandlung durch Überreichung schriftlicher Offerte abgehalten werden.

Die mit einer Stempelmarke à 50 fr. versehenen, mit der Bestätigung der erreichten Großjährigkeit dem von der Ortsobrigkeit vidirten Sitten- und Vermögens-Bezeugnisse, endlich mit dem Badium von 100 fl. d. i. Einhundert Gulden ö. W. belegten schriftlichen Offerte sind bis einschließlich 18. März 1865, sechs Uhr Abends bei der f. f. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnow einzubringen.

Später einlangende, wie auch solche Offerte, denen einiges der vorgeschriebenen Erfordernisse mangelt, werden nicht berücksichtigt.

Der Verkehr der fraglichen Tabak-Groß-Trafik betrug in der Periode vom 1. November 1863 bis letzten October 1864:

an Tabakmaterial 114.763 ^{11/32} Pf. im Wert von 111.961 fl. 56 kr.

und an Stempelmarken 37.029 fl. 31 kr.

zusammen 148.990 fl. 87 kr.

Die näheren Bedingnisse, so wie der betreffende Erträgnishausweis können bei der f. f. Finanz-Bezirks-Direction zu Tarnow oder bei der Hilfsämter-Direction der f. f. Finanz-Landes-Direction in Krakau eingesehen werden.

Bon der f. f. Finanz - Landes - Direction.

Krakau, am 21. Februar 1865.

Nr. 662. Kundmachung. (205. 1-3)

Aus Anlaß der Vorbereitungen zu der am 29. April 1865 vorzunehmenden 14. Verlobung der Grund-Entlastungs-Schuldverschreibungen für das Großherzogthum Krakau und für das Verwaltungsgebiet Krakau wird bei der f. f. Grund-Entlastungs-Fondsschafft in Krakau vom 16. März d. J. angefangen jede Umschreibung der Schuldverschreibungen, infofern die neu auszustellenden Schuldverschreibungen eine andere Nummer erhalten müssen, sistirt.

Nach Kundmachung des Resultats der am 29. April 1865 vorzunehmenden Verlobung wird die Umschreibung wieder vorgenommen werden.

Bon der f. f. Grund-Entlastungs-Fonds-Direction.

Krakau, 2. März 1865.

Nr. 2087. Einberufungs-Edict. (206. 1-3)

Adalbert Laskowski, Malerlehrling, nach Podgórze zuständig wird hiemit aufgefordert, binnen drei Monaten a dato in seine Heimat rückzukehren und seine unbefugte Abwesenheit beim zuständigen Podgórze f. f. Bezirksamt zu rechtfertigen, widrigfalls er nach Ablauf dieser Prädikatfrist im Sinne des Auswanderungs-Patentes vom 24. März 1832 behandel werden wird.

R. f. Kreisbehörde.

Krakau, den 28. Februar 1865.

hr. Kuczkowska, z miejsca pobytu niewiadomą przez ad Abth. 3 N. 1268. Wiss. (177. 2-3) kuratora jēj niniejszym w osobie p. adw. Dra. Rybickiego postanowionego, tudzież wierzyteli hypothekowanych, jako to z miejsca pobytu wiadomych do rąk własnych, p. Henryka hr. Kuczkowskiego do rąk wykazanego pełnomocnika p. adw. Dra. Zajkowskiego, zaś z miejsca pobytu niewiadomych, jako to: sukcesorów Chaima Szyj dw. imion Grossbärdt, a to Josla, Samuela, Jochene, Ksila, Janek, Kelmann, Fischel, Uscher, Hersch, Reisel, Czarna, Rosa i Perl Grossbärdt, Teresę Potz, Maryę z Potzów Szydłowską, Samuela Haber, Teklej Ankwicz, Samuela Tandler, Lejbę Grünstein, Cecylię Dembińską, Henryka hr. Sołtyk, Aniele Kuszel, Józefa Alster, Józefa Majer, Ignacego Burzynskiego, Wojciecha Bandrowskiego, masę spadkową Winę Kirchmajera, a względnie tegóz nieznanym spadkobierców, Karoline hr. z Ankwiczów Rey, Mojż. Blum, Mendla Blum, Izraela Gleitzmann, Aleksandra Dworskiego, Samuela Lowie, Karoline z Kochów Remer, Zofię hr. Stadnicką, Pinkasa Blitz, Majera Eisig Landau, tudzież tych wierzyteli, którzy by dopiero po 29 października 1864 do tabu weszli, albo ktorymby rezolucją terażniejsza nie mogła być doręczona, przez ustalonionego kuratora do przyjęcia tej rezolucji, i do wszystkich dalszych czynności w tej sprawie egzekucyjnej w osobie p. adwokata Dra. Zbyszewskiego w Rzeszowie z zastępstwem adwokata p. Dra. Reinera w Rzeszowie.

Die bezügliche ausführliche Kundmachung erscheint im Amtsblatte der Lemberger Zeitung eingeschaltet und sind aus derselben die allgemeinen Lieferungsbedingnisse zu entnehmen.

Uebrigens werden die Probemuster nebst den Material-Dividenden und Confections-Beschreibungen sowie die speziell auf die Qualität des Materials und auf die Confection Bezug nehmenden Vorschriften bei der Monturs-Commission zur Einsicht bereit gehalten.

Die versiegelten Offerte, dann die Depositencheine über die erlegten Wadien sind abgesondert bis längstens 1. April 1865, zwölf Uhr Mittags entweder beim Kriegs-Ministerium oder beim Landes-General-Commando zu überreichen.

Vom f. f. Landes-General-Commando für Galizien und die Bukowina.

Lemberg, am 20. Februar 1865.

Wiener Börse - Bericht

vom 2. März.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates. Geld Waare

In Ostr. W. zu 5% für 100 fl. 67,20 67,30

Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli 78,65 78,75

vom April — October 78,70 78,80

Metalliques zu 5% für 100 fl. 71,40 71,50

ditto " 4½% für 100 fl. 63,25 63,50

mit Verlosung v. 3. 1839 für 100 fl. 64,25 64,75

" 1844 für 100 fl. 58,25 58,50

" 1860 für 100 fl. 96,25 96,40

Prämiescheine vom Jahre 1864 zu 100 fl. 87, — 87,10

Gomo-Rentenscheine zu 50 fl. 87, — 87,10

Gomo-Rentenscheine zu 42 L. austr. 17,75 18,25

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen von Nieder-Ostr. zu 5% für 100 fl. 88,75 89,25

von Mähren zu 5% für 100 fl. 90,50 91,00

von Schlesien zu 5% für 100 fl. 89,50 90,50

von Steiermark zu 5% für 100 fl. 90, — 91, —

von Tirol zu 5% für 100 fl. — —

von Kärtn, Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. 88,50 92, —

von Ungarn zu 5% für 100 fl. 74,50 75, —

von Leneser Banat zu 5% für 100 fl. 73, — 73,50

von Croatia und Slavonien zu 5% für 100 fl. 74,75 75,25

von Galizien zu 5% für 100 fl. 73,60 74,20

von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl. 71,50 72, —

von Bukowina zu 5% für 100 fl. 71,75 72,25

C. Et cetera (v. gr. St.)

der Nationalbank. 798 — 800 —

der Credit-Anstalt zu 200 fl. östir. W. 188,10 188,20

der Niederöst. Gecompte-Gesells. zu 500 fl. ö. W. 57,80 58,00

der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. G.M. 1838, 1840

der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. G.M. über 500 fl. 199,90 200, —

der vereinigte Süddöster. Lomb.-Ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östir. W. over 500 fl. 245, — 246, —

der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. G.M. 134,50 135, —

der galiz. Karl Ludwig's-Bahn zu 200 fl. G.M. 222,50 223, —

der Lemberg-Gzernowiger Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Süber (20 fl. St.) mit 35 fl. Ginz. 61,25 61,75

der priv. böhmischen Weißbahn zu 200 fl. ö. W. 162,75 163,25

der Süd-Nord. Verbindl.-B. zu 20 fl. ö. G.M. 124, — 124,50

der Theiss. zu 200 fl. G.M. mit 140 fl. (70%) Ginz. 147, — 147, —

der österr. Donau-Dampfschiffahrt.-Gesellschaft zu 500 fl. G.M. 474, — 476, —

des österr. Lloyd in Triest zu 50 fl. G.M. 233, — 235, —

der Wiener dampf-mühl.-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östir. W. 400, — 405, —

der Österr. Kettenbrücke zu 500 fl. G.M. 370, — 375, —

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. 102, — 102,25

auf G. M. I verlosbar zu 5% für 100 fl. 92,50 92,70

auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl. 88,10 88,25

Galiz. Credit-Anstalt östir. W. zu 4% für 100 fl. 71,50 72, —

D. V. der Credit-Anstalt zu 100 fl. östir. W. 127,90 128,10

Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. G.M. 86, — 86,50

Erieiter Stadt-Anleihe zu 100 fl. G.M. 114,50 115,50

Stadtgemeinde Öfen zu 40 fl. östir. W. 48,75 49,25

Gierhau zu 40 fl. G.M.